



Protokoll der paneuropäischen Konferenz/EGBW-Generalversammlung Warschau, 21.-22. November 2009

Die paneuropäische BI-Konferenz, einschließlich der EGBW-Generalversammlung, hielt ihr drittes alle drei Jahre stattfindendes Treffen vom 23. bis 25. November 2009 im Hotel Novotel in Warschau ab.

1. Eröffnung und Begrüßung:

Der Präsident, Ronnie SMITH, eröffnete die Konferenz, begrüßte die Delegierten und sprach den neuen Mitgliedern ein ganz besonderes Willkommen aus. Er würdigte auch den Verlust von drei Kollegen, die sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf internationaler Ebene eine wichtige Rolle in der Lehrgewerkschaftsbewegung gespielt haben - Steve SINOTT von NUT (Vereinigtes Königreich), Kroum Kroumov von PODRKEPA (Bulgarien) und Antal Arok von SEH (Ungarn). Dann sprach er über das Engagement der paneuropäischen BI-Struktur und des EGBW in allen Bildungssektoren und wies auf die aktuelle wichtige Entwicklung im Zusammenhang mit der Verabschiedung des EU-Vertrags von Lissabon hin. Außerdem erwähnte er den größeren Zusammenhang der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und insbesondere deren Auswirkungen auf Osteuropa. Er sprach auch den Tag des Generalstreiks irischer Mitgliedsorganisationen, der am folgenden Tag stattfinden sollte, an und wünschte ihnen viel Erfolg. Als Nächstes wies er die Delegierten darauf hin, dass ein wesentliches Thema dieser Konferenz die Befürwortung von Investitionen in das öffentliche Bildungswesen sei, um dadurch den gleichen Zugang zu hochwertiger Bildung für alle als ein grundlegendes Menschenrecht zu gewährleisten. Ronnie Smith bereitete die Delegierten auch darauf vor, dass die Konferenz/Generalversammlung die Auswirkungen der Krise in Form von zurückgehender Vertretung und sinkenden Beiträgen direkt zu spüren bekommen würde und betonte, dass die Konferenz/Generalversammlung Strukturen benötige, die ihr ein effektives und effizientes Handeln ermöglichen.

Als Nächstes informierte der Vorsitzende die Konferenz/Generalversammlung darüber, wer als StimmenauszählerInnen agieren würde, und zwar:

- Avril HALL CALLAGHAN, UTU, Vereinigtes Königreich
- Busk HANSEN, DLF, Dänemark
- Florient LASCROUX, SNES-FSU, Frankreich
- Stefan PFAFF, GEW, Deutschland
- Harald SKULBER, UEN, Norwegen
- Ann-Christin LARSSON, Lärarförbundet, Schweden



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

- Mariló REINA PÉREZ, FECCOO, Spanien
- Darren NORTHCOTT, NASUWT, Vereinigtes Königreich
- Hélène HEMET, UNSA-Education, Frankreich

Abschließend nahm der Präsident Bezug auf das Abstimmungsverfahren für Abstimmungen mit Namensaufruf und erklärte die Verwendung des an alle Mitgliedsorganisationen ausgegebenen Stimmkartenblocks.

2. Annahme der Tagesordnung der Konferenz und der Regeln für die Debatte: Teil 1

Der Vorsitzende stellte dann *die Regeln für die Debatte der paneuropäischen Konferenz/EGBW-Generalversammlung* und die Tagesordnung vor. Einige Delegierte baten um das Wort bezüglich der Annahme der Tagesordnung.

Von diesen Personen sprachen sich folgende Delegierte dagegen aus, Punkt 10 auf der Tagesordnung beizubehalten (und baten um Streichung)

- Roger FERRARI, SNES-FSU, Frankreich
- Stig ANDERSEN, DLF, Dänemark
- Henning PEDERSON, BUPL, Dänemark
- Jan HJORT, UED (LVU & DTL), Dänemark
- Piroska GALLÓ, SEH, Ungarn
- Joelle CASA, FLC-CGL, Italien
- Gheorghe ISVORANU, FSI "Spiru Haret", Rumänien
- Fiorello Michele MACRO, UIL Scuola, Italien
- Maria Lucia DALPINO, CISL-Scuola, Italien
- Ryszard MOSAKOWSKI, NSZZ/KSN "Solidarność", Polen
- Branimir STRUKLELJ, ESTUS, Slowenien
- Jens VRAA JENSEN, DM, Dänemark
- John BENCINI, MUT, Malta

Folgende Delegierte sprachen sich dafür aus, Punkt 10 auf der Tagesordnung beizubehalten:

- Paul BENNETT, UCU, Vereinigtes Königreich
- Jerry BARTLETT, NASUWT, Vereinigtes Königreich
- José CAMPOS TRUJILLO, FECCOO, Spanien

Weitere Beiträge wurden eingebracht von:

- Ulrich THÖNE, GEW, Deutschland
- Manana GHURCHUMALIDZE, ESTFUG, Georgien
- Walter DRESSCHER, AOb, Niederlande

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Der Präsident fuhr dann mit *einer Abstimmung über eine Änderung der vorgeschlagenen Tagesordnung durch Streichung von Punkt 10 der Tagesordnung* fort, für die Lärarförbundet eine Abstimmung mit Namensaufruf forderte. Lärarförbundets Antrag auf eine Abstimmung mit Namensaufruf wurde von UEN, Norwegen; VBE, Deutschland; EIS, Schottland; UTU, Vereinigtes Königreich; NUT, Vereinigtes Königreich; NASUWT, Vereinigtes Königreich; und FECCOO, Spanien, unterstützt. Der Präsident erinnerte die KonferenzteilnehmerInnen daran, dass für eine Abstimmung mit Namensaufruf sichergestellt werden müsse, dass die Mandate ordnungsgemäß sind. Er schlug deshalb vor, sich erst mit der Ernennung des Mandatsprüfungsausschusses zu befassen, um diesem die Gelegenheit zu geben, seine Arbeit zu erledigen, bevor man zur Abstimmung mit Namensaufruf (Abstimmung mit Namensaufruf Nr. 1) übergehe.

3. Bericht über den Mandatsprüfungsausschuss

Der vom paneuropäischen Exekutivausschuss/EGBW-Vorstand ernannte Mandatsprüfungsausschuss bestand aus:

Walter Dresscher, AOb, Niederlande

Helen Connor, EIS, Vereinigtes Königreich

Ichay Chlomo, ITU, Israel

Walter Dresscher, Vorstand des Mandatsprüfungsausschusses, legte den Bericht des Ausschusses vor, der die Beitragszahlungen aller Mitgliedsorganisationen der paneuropäischen Struktur überprüft und bestätigt hatte. Mehrere KollegInnen hatten Fragen an den Ausschuss bezüglich der erstellten Liste in den Ordnern der Delegierten. Der Ausschuss entschied, dass keine weiteren Änderungen vorgenommen werden und das Wahlgerät entsprechend programmiert werden sollte.

4. Ernennung des Wahlausschusses und Wahl des/der Präsidenten/in der paneuropäischen BI/EGBW

Vorgeschlagene Mitglieder des Wahlausschusses:

Lillemor Darinder, NLS, Island

Daire Keogh, IFUT, Irland

Branimir Strukelj, ESTUS, Slowenien

Gabriella Giorgetti, FLC-CGIL, Italien

Knut Kraft, BLBS, Deutschland

Die Konferenz ernannte den Wahlausschuss wie vorgeschlagen und übertrug ihm die Organisation und Durchführung der Wahlen auf der Konferenz/Generalversammlung mit Anne Hock als technischer Beraterin.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Die Vorsitzende des Wahlausschusses, Lillemor Darinder, dankte der Konferenz für das dem Ausschuss entgegengebrachte Vertrauen und versprach, dass der Ausschuss versuchen würde, die Wahlen so transparent und schnell wie möglich durchzuführen. Für den Fall, dass der vorgeschlagene Entwurf der Geschäftsordnung übernommen werden sollte, würden einige Änderungen an den Wahlverfahren erforderlich werden. Was das Amt des Präsidenten betreffe, seien die Bedingungen jedoch in beiden Fällen dieselben. Die Kandidatenvorschläge seien von den Mitgliedsorganisationen schriftlich bis zum 23. Oktober angenommen worden. Bis zu diesem Zeitpunkt sei nur eine Person nominiert worden - Ronnie SMITH von EIS, Schottland. Diese Nominierung erfülle auch die Voraussetzungen für die Vertretung eines EU-/EFTA-Landes.

Der Wahlausschuss verkündete somit Ronnie SMITH als gewählten Präsidenten.

Frau Darinder stellte dann das Verfahren für die Durchführung weiterer Wahlen von 6 stellvertretenden PräsidentInnen und Ländersitzen vor. Die Frist für Kandidatenvorschläge wurde für 14 Uhr des gleichen Tages festgesetzt. Anschließend informierte sie die Konferenz/Versammlung darüber, dass Kostifakis Themistoklis von OLME, Griechenland, seine Kandidatur für eine Stelle als stellvertretender Präsident zurückgezogen habe. Nicht anwesende Gewerkschaften konnten ihre Stimmen per Vollmacht an andere Gewerkschaften abgeben. Die Konferenz/Generalversammlung habe Vollmachten von vier Mitgliedsorganisationen erhalten:

Belgien: ACOD an COC

Serbien: NTTU an TUS

Serbien: SSS an TUS

Frankreich: FEP-CFDT an SGEN-CFDT

5. Eröffnungsansprache von Fred van Leeuwen, BI-Generalsekretär, im Namen von Susan Hopgood, der amtierenden BI-Präsidentin

BI-Generalsekretär Fred van Leeuwen sprach im Namen von Susan Hopgood, die bedauerlicherweise nicht an der BI-Konferenz teilnehmen konnte. Herr Leeuwen wies die Konferenz zuerst darauf hin, dass das Bildungswesen derzeit ernststen Problemen gegenüberstehe: Regierungen in ganz Europa würden Krisenbewältigungsstrategien anstreben, in deren Rahmen sie öffentliche Mittel zu reduzieren versuchten. Dabei käme jedoch die andere Seite der Medaille zum Vorschein: Haushaltskürzungen, die Stellen und hochwertige Bildung gefährde. Er gehe davon aus, dass 2010 ein hartes Jahr für den öffentlichen Sektor werde, weshalb der Kampf für staatliche Investitionen in Bildung und Menschen heute schon gestärkt werden sollte. Er betonte die Aufgabe der Gewerkschaften, den Regierungen klarzumachen, dass Investitionen in Bildung und in einen starken öffentlichen Dienst dazu beitragen würden, unsere Volkswirtschaften zu stärken und weniger anfällig zu machen. Bis jetzt hätten sich vierzehn Länder an den IWF und andere EU-Kreditfazilitäten gewandt. Der Preis für die Kreditvereinbarungen mit dem IWF sei allerdings hoch und bestehe aus



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Gehaltskürzungen und Schulschließungen. Solche Vereinbarungen seien in Armenien, Weißrussland, Bosnien, Rumänien, Serbien, der Ukraine und Ungarn getroffen worden und hätten zahlreiche inakzeptable Konsequenzen. Herr Leeuwen informierte die Konferenz darüber, dass einige Wochen vor der Konferenz ein Treffen mit dem Direktor des IWF, Herrn Strauss-Kahn, stattgefunden habe, bei dem die Notwendigkeit der Erstellung sozialer Auflagen für die Interventionen des IWF betont worden war. Herr Leeuwen forderte die Gewerkschaftsführer in Europa auf, sich um Einflussnahme auf diese Entwicklung zu bemühen, indem sie um Vertretung bei den Konsultationen ihrer jeweiligen einzelstaatlichen Gewerkschaftsverbände im Hinblick auf die Finanzpakete bitten. Der Schlüssel zur Bewältigung der Krise liege in einer stichhaltigen Argumentation für die Bildung.

Es sei an der Zeit, die Qualifikationen zu verbessern, fuhr Herr Leeuwen fort, jeden zu überzeugen und zu versichern, dass Investitionen in primäre und sekundäre Bildung Investitionen in die nächste Generation sind und dass Investitionen in den Ausbau frühkindlicher Bildung Frauen ermöglichen, wieder erwerbstätig zu sein. Außerdem müsse der Bedarf an neuerlichen staatlichen Investitionen in Hochschulbildung diskutiert werden. Lehrgewerkschaften sollten geschlossen auftreten und Versuche der Einführung von Leistungsbewertungen im Bildungssektor zurückweisen. Die Regierungen müssten die neue globale Wirtschaft grundsätzlich überdenken und sie auf den Qualifikationen und Fähigkeiten der Menschen aufbauen. Obwohl das vom G20-Gipfel herausgegebene Kommuniqué zum Thema Investitionen in Bildung grundlegend für eine nachhaltige Erholung sei, werde dies jedoch nicht ausreichen, solange gute Absichten nicht in tatsächliches und stimmiges Handeln sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf EU-Ebene umgesetzt würden.

Herr Leeuwen betonte als Nächstes die Rolle, die die global agierende BI dabei spielte, diese Ansichten vor internationalen Institutionen zu vertreten, aber auch dabei, ihre regionalen Büros, einschließlich der BI-Mitgliedsgewerkschaften in EU- und EFTA-Ländern, bei der Festlegung ihrer Vorgehensweise sowohl auf EU-Ebene als auch auf einzelstaatlicher Ebene zu unterstützen. Was in Europa erreicht worden sei, werde der ganzen Welt zugute kommen, da der europäische BI-Mitgliederbestand eine Hauptsäule der BI sei. Herr Leeuwen betonte, dass unsere Stärke in unserer Einheit bestehe. Unabhängig davon, was hinsichtlich der zukünftigen Struktur entschieden werde, müsse das wertvollste Gut der Lehrgewerkschaften - ihre Einheit - erhalten werden und niemand dürfe außen vorgelassen werden. Unsere Einheit werde uns helfen, die Krise des Bildungssektors zu bewältigen und uns gegen Angriffe wie z.B. die auf EGITIM-SEN-Mitglieder in der Türkei zu verteidigen.

Herr Leeuwen wies auch auf den anonymen Brief hin, den Delegierte der Konferenz erhalten hatten und in dem der BI und ihm selbst der Missbrauch von Geldern unterstellt werde. Er betonte, dass man einen ehemaligen BI-Mitarbeiter für den Verfasser der E-Mail halte und dass es wichtig sei, uns vor jeglicher Art von Cyber-Mobbing zu schützen.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Hochwertige Bildung für alle sei die größte Herausforderung für die BI und alle ihre Mitgliedsorganisationen auf einzelstaatlicher Ebene. Die beste Strategie der Lehrgewerkschaften bestehe darin, sich auf Handeln zu konzentrieren, schloss Herr Leeuwen.

6. Annahme der Tagesordnung der Konferenz: Teil 2

Die Ergebnisse der Abstimmung mit Namensaufruf Nr. 1 über die Streichung von Punkt 10 der Tagesordnung der Konferenz waren folgende: Dafür: 889. Dagegen: 2157. Enthaltungen: 15. Die Tagesordnung der Konferenz wurde somit wie vorgeschlagen angenommen.

7. „Über die globale Krise hinaus - Gestaltung der Zukunft Europas durch staatliche Investition in Bildung“ von Professor Roger Dale

Professor Roger Dale stellte seine Überlegungen zu einer Reihe von Themen vor, die mit dem Thema Bildung und staatliche Investitionen in Bildung in Zeiten der Wirtschaftskrise zusammenhängen. In seiner Rede wies Professor Dale die naheliegende Schlussfolgerung zurück, dass führende Welpolitiker sich Keynesianischen Lösungen für die globale Rezession zugewandt hatten.

'Man kann derzeit tatsächlich einen allgemeinen Konsens über den Bedarf an Investitionen in Bildung als ein grundlegendes Element der Reaktion auf die Rezession beobachten. Obwohl ökonomischer Neoliberalismus völlig diskreditiert ist, bildet sein politisches Pendant - das New Public Management (NPM) - jedoch weiterhin den Rahmen für Staatsstrukturen und politische Prozesse. Staaten sind immer noch Teil der neoliberalen Marktlogik, wo sie die Marktbedingungen durch massive Subventionen wiederherstellen, einschließlich im Bildungssektor, der als ein Sektor mit Multiplikatorenwirkung besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Es gibt jedoch auch viele negative externe Auswirkungen des Einflusses von NPM auf Bildung - es ist nach wie vor ein zu verführerisches Ziel, Gehälter für Pädagogen zu kürzen, als dass die Regierungen widerstehen könnten, und Bildung wird durch Testergebnisse definiert und ihre Erfolge werden durch Testergebnisse beurteilt.

'Theorien sowie auch politische und administrative Formen von NPM leben in internationalen Organisationen und einzelstaatlichen Regierungen fort und prägen weiterhin die Steuerung von Bildung, einschließlich der Formen weiterer Investitionen in Bildung. Während das Plädoyer für Investitionen in Bildung heutzutage fast ausschließlich auf der Grundlage von Investitionen in Wirtschafts- und Humankapital stattfindet, besteht ein klarer Bedarf an einer unabhängigen Argumentation für Bildung, wenn Investitionen nachhaltig sein sollen und nicht abgebaut werden sollen, sobald die unmittelbare Krise vorüber ist.'

Professor Dale betonte zum Schluss, dass der Raum für Effizienz bei der Bereitstellung von Bildungsdienstleistungen zunehme, da die Forderung nach Leistung, Wissen, Anpassungsfähigkeit

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

und einem Rückgang alter Formen von Sicherheit zunehmen. 'Da die jungen Altersgruppen schrumpfen, werden in der Zukunft die Ausgaben für Bildung auf der Suche nach Haushaltseinsparungen und Effizienz noch genauer überprüft werden. Es besteht auch ein klarer Bedarf an Investitionen in soziale und technologische Innovationen in und durch Bildung', so Professor Dale. 'Dies macht es erforderlich, Dinge auf neue Art und Weise zu tun, anstatt neue Dinge zu tun. Investitionen in die Ausbildung von Lehrkräften und in die Verbesserung von Bildung sind eine Alternative zu Investitionen in 'marktbasierte' Ansätze'. Professor Dale betonte jedoch vor allem die Notwendigkeit, dass Bildung Fortschritte in Richtung Gleichstellung erziele, insbesondere da in Zeiten der Rezession die persönlichen, sozialen und finanziellen Kosten, die durch anhaltende Ungleichheit entstünden, noch weiter steigen und noch weniger tolerierbar und entschuldbar würden.

8. Dringende Resolution: KTOS - Türkische Lehrergewerkschaft Zypern

Sener Elcil Hassan, Vorsitzender der KTOS, Zypern, legte eine dringende Resolution bezüglich eines kürzlichen Streiks und Massenprotesten vor, die die türkisch-zyprischen Gewerkschaften gegen ein von der Verwaltung von Nordzypern und der türkischen Regierung erlassenes neues Gesetz organisiert hatten. Das neue Gesetz zielt darauf ab, Gewerkschaftsrechte und soziale Rechte, unter anderem Kollektivverhandlungen und Gewerkschaftstätigkeiten, einzuschränken. Außerdem waren die friedlichen Demonstrationen mit Polizeigewalt zerschlagen worden.

Die Resolution wurde von der Konferenz/Generalversammlung unter Beifall verabschiedet.

9. Willkommensansprache, Michal Boni, Mitglied des polnischen Ministerrats und oberster Berater des polnischen Premierministers

Slawomir Broniartz, ZNP, Polen, verlas im Namen von Michal Boni einen Brief, in dem Herr Boni seine Freude darüber ausdrückte, dass die Konferenz/Generalversammlung Warschau zum Veranstaltungsort für ihre Tagung gewählt hatte, und in dem er auch Bezug auf eine Reihe von zentralen Herausforderungen auf dem Gebiet der Bildung nahm, nicht zuletzt die Bereitstellung von hochwertiger Bildung und Zugang zu Bildung für alle. In seinem Brief betonte Michal Boni, dass hochwertige Bildung der Generalschlüssel zu entwicklungsfördernder Politik sei. Zum Schluss wünschte er allen Delegierten eine erfolgreiche Konferenz.

10. Resolution Nr. 1 bezüglich Wirtschaftskrise und Bildung, vorgeschlagen von PEC

Stellvertretender Vorsitzender Paul Bennett, UCU, Vereinigtes Königreich, brachte im Namen des paneuropäischen Ausschusses die Resolution Nr. 1 bezüglich Wirtschaftskrise und Privatisierung ein, die von der **stellvertretenden Vorsitzenden Galina MERKULOVA, ESEUR, Russland**, unterstützt wurde. Der Präsident (Ronnie SMITH) bemerkte, dass es wesentliche Übersetzungsfehler in der französischen Version der Resolution Nummer 1 gebe, die deshalb zu überarbeiten und an die

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

englische Version anzupassen sei. Folgende Delegierte ergriffen daraufhin das Wort, um die Auswirkung der Wirtschaftskrise zu erörtern:

- François CHAINTRON, FNEC.FP-FO, Frankreich
- Corinne MAFFRE VIALLE, SNUipp-FSU, Frankreich
- Frédérique Rolet, SNES-FSU, Frankreich
- José CAMPOS TRUJILLO, FECCOO, Spanien

Stellvertretender Vorsitzender Paul Bennett, UCU, Vereinigtes Königreich, ergriff daraufhin als Antragsteller der Resolution das Wort und versicherte den Delegierten, die das Wort ergriffen hatten, dass ihre Argumente in die Endversion der Resolution einfließen würden.

In einer Abstimmung durch Zeigen der Karten wurde die Resolution Nr. 1 von einer sehr großen Mehrheit mit nur 1 Enthaltung angenommen.

**11. Resolution Nr. 2 bezüglich der Reaktion der Gewerkschaften auf die Wirtschaftskrise,
vorgeschlagen von OLME**

Themistoklis KOTSIFAKIS, OLME, Griechenland brachte Resolution Nr. 2 *Reaktion der Gewerkschaften auf die Wirtschaftskrise* ein, die von **Branimir STRUKLELI, ESTUS, Slowenien** unterstützt wurde. **Martin Rømer, Generalsekretär, EGBW**, ergriff daraufhin das Wort, um die Bedeutung der Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften des öffentlichen Diensts zu betonen, da Bildung nicht der einzige Sektor sei, der unter der Krise leide.

In einer Abstimmung durch Zeigen der Karten wurde Resolution Nr. 2 einstimmig angenommen.

12. Bericht über die Konferenz/Generalversammlung 2006

Die Konferenz/Generalversammlung verabschiedete den *Bericht über die Europäische BI-Konferenz/EGBW-Generalversammlung, Luxemburg, 4-6. Dezember 2006*.

13. Bericht über die Umstrukturierung der europäischen Region

Der Präsident Ronnie SMITH fasste die Hauptpunkte seines Berichts über die Umstrukturierung der europäischen Region kurz zusammen. Der Bericht enthalte einen Überblick über die Maßnahmen, die seit der letzten Konferenz/Generalversammlung ergriffen wurden, um eine Einigung in diesem Punkt zu erreichen. Insbesondere betonte er, dass der Prozess ein langer und offener sei, der alle mit einbeziehe und der jeder Mitgliedsorganisation die Möglichkeit biete, ihre Ansichten zu vertreten. Bezüglich der letzten Phase dieses Prozesses erwähnte er, dass das EGBW-Büro am 18. September 2009 zusammen gekommen sei, um die während des Beratungsprozesses vorgebrachten Beiträge zu überprüfen, und auf deren Basis eine Reihe von Änderungen vorgenommen habe. Diese umfassten

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

die Anerkennung der Notwendigkeit einer klareren Autonomie der Organisation im Umgang mit EU-Angelegenheiten, der Notwendigkeit eines umfangreicheren Beitrags des Ausschusses bei der Ernennung des/r Leiters/in der europäischen Region, einer Klärung der Rolle der politischen Führung der Organisation und auch einer Versicherung bezüglich des Personals, das der europäischen Struktur im Falle einer Änderung zur Verfügung stehen würde. Das EGBW-Büro habe beschlossen, dem Ausschuss die vorgeschlagene neue Satzung bei seiner Tagung am 12-13. Oktober vorzulegen. Der Ausschuss habe es jedoch mit 18 Stimmen dagegen, 13 Stimmen dafür, 1 Enthaltung und 16 Ausschussmitgliedern, die nicht an der Tagung teilnehmen konnten, abgelehnt, der Konferenz/Generalversammlung die Vorschläge vorzulegen. Herr Smith erklärte dann, dass 27 Mitgliedsorganisationen entschieden hätten, der Konferenz/Generalversammlung die Vorschläge mittels Resolution Nummer 3 vorlegen zu wollen. Dies entspreche der Vorgehensweise bei der Konferenz/Generalversammlung in Luxemburg 2003, bei der die derzeitige Satzung eingeführt worden sei. Er wies weiterhin darauf hin, dass jegliche Änderung der Satzung eine Zweidrittelmehrheit erfordere. Weiter erklärte er, dass das Verfahren für die Vorlage der Satzung bei der Konferenz/Generalversammlung im Namen der 27 Organisationen nicht ermögliche, Änderungen im Vorfeld der Konferenz/Generalversammlung einzureichen, und dass es sehr schwierig werden würde, mehrere Änderungen abzuhandeln, die sich aus der Diskussion auf dieser Konferenz/Generalversammlung ergeben würden, insbesondere wenn man bedenke, wie wichtig eine schlüssige Satzung ist.

Jean Marie Maillard, SNES-FSU, Frankreich, ergriff daraufhin das Wort bezüglich des Berichts des Vorsitzenden über die Beschränkung der europäischen Region und beschrieb seine Erfahrung bei seiner Teilnahme an dem zu diesem Zweck gegründeten Überprüfungsausschuss. Er sei der Meinung, dass der gesamte Prozess zwar eine Suche nach einem Konsens sei, aber während der Besprechung nicht auf alle Angelegenheiten eingegangen wurde und einige ignoriert wurden.

14. Resolutionen bezüglich der vorgeschlagenen neuen Satzung

Der Präsident erklärte, dass vier Resolutionen eingegangen seien, die sich auf die Satzung bezogen:

- Resolution 3, vorgeschlagen von 27 Organisationen (und einer weiteren Organisation, die ihren Wunsch nach Mitwirkung allerdings erst nach der Frist am 23. Oktober ausgedrückt hatte). Der Präsident erklärte, dass Resolution Nr. 3 die Aufhebung der derzeitigen Satzung und Geschäftsordnung und deren Ersatz durch eine neue Satzung und Geschäftsordnung, wie in einen Anhang der Resolution erklärt, vorschlage, und die aus der Satzung und Geschäftsordnung bestehe, die das EGBW-Büro vorbereitet habe, wie in Tagesordnungspunkt 9 erklärt.
- Resolution Nr. 4, vorgeschlagen von denselben 27 Organisationen, die Resolution Nr. 3 vorgeschlagen haben. Der Präsident erklärte, dass Resolution 4 nur zum Tragen käme, wenn Resolution Nr. 3 genehmigt werden würde, und sie deshalb nur diskutiert würde, wenn

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Resolution Nr. 3 angenommen würde. Ansonsten würde Resolution 4 automatisch außer Acht gelassen.

- Resolution Nr. 5, vorgeschlagen von SNES-FSU, Frankreich, die sich auf das verabschiedete Verfahren bezieht und eine Aufrechterhaltung des *Status quo* fordert.
- Resolution Nr. 6, vorgeschlagen von DLF, Dänemark, mit der ein Verfahren für Satzungsänderungen vorgeschlagen wird.

Der Präsident erklärte, dass das EGBW-Büro bei seinen Vorbereitungen für diese Konferenz/Generalversammlung eine kleine Beratergruppe von 3 stellvertretenden Präsidenten eingerichtet habe, um über den Umgang mit den Resolutionen zu beraten. Er habe beschlossen, den Rat dieser Gruppe zu befolgen und Resolutionen 1 und 2 zuerst zu behandeln. Bezüglich Resolutionen 4, 5 und 6 habe die Beratergruppe darauf hingewiesen, dass auch wenn die derzeitige Satzung keine Vorgehensweise bezüglich der Reihenfolge, in der solche Arten von Resolutionen behandelt werden sollten, laute Bestimmung 11f der weltweiten BI- Satzung und Geschäftsordnung folgendermaßen:

Wenn es mehr als eine Resolution in derselben Angelegenheit gibt, soll der Vorsitzende die Reihenfolge bestimmen, in der der Kongress über diese Resolutionen oder Änderungen abstimmen soll, angefangen mit dem Text, der am weitesten vom Status quo entfernt ist. Wird ein Mehrheitsbeschluss zugunsten einer Resolution oder einer Änderung einer Resolution gefasst, der die Alternative(n) überflüssig macht, soll(en) letztere nicht zur Abstimmung gebracht werden.

Der Präsident erklärte, dass er beabsichtige, den Prinzipien dieser Bestimmung der Geschäftsordnung zu folgen, und deshalb mit der Debatte über Resolution 3 beginnen werde, welche am weitesten vom *Status quo* entfernt sei. Er erklärte, dass:

- wenn Resolution 3 angenommen würde, Resolution 4 diskutiert würde und Resolutionen 5 und 6 wegfallen würden;
- wenn Resolution 3 nicht angenommen würde, Resolution 4 wegfallen würde und er dann mit der Diskussion von Resolutionen 5 und 6 fortfahren würde.

Jörgen Lindholm, Lärarförbundet, Schweden, brachte daraufhin Resolution 3 vor. Er erklärte, dass die Resolution von einer großen Anzahl von Organisationen unterstützt werde, und schlug vor, die derzeitige Satzung zu streichen und mit einem Satz neuer, in einem Anhang vorgeschlagenen, Bestimmungen der EGBW-Satzung zu ersetzen. Die neue Satzung sei 2008 und 2009 auf der Grundlage des Auftrags, der von der Konferenz/Generalversammlung 2006 an eine Arbeitsgruppe vergeben wurde, in einem äußerst demokratischen Beratungsprozess mit Mitgliedsorganisationen erfolgreich entworfen worden. Die neue Satzung enthalte wertvolle Änderungen und Beiträge von der Mehrheit der EGBW-Mitgliedsorganisationen und stelle einen wegweisenden Kompromiss dar. Herr Lindholm betonte, dass der Prozess des Entwerfens der neuen Satzung der demokratischste



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Prozess in der Geschichte des EGBW und der BI gewesen sei. Das EGBW-Büro habe beantragt, die neue Satzung der Konferenz/Generalversammlung vorzulegen, aber der Exekutivausschuss habe sich dagegen entschieden. Aus diesem Grund habe Lärarförbundet beschlossen, die Verantwortung dafür zu übernehmen, die Satzung vorzulegen, da viele Organisationen ihre Unterstützung für die Resolution erklärt hatten. Herr Lindholm betonte, dass Lärarförbundet die Einheit der Lehrgewerkschaften unterstütze, und dass es wichtig sei, die Arbeit des EGBW auf EU-Ebene sowie auch seine Verbindungen zum EGB weiter zu verbessern.

Jerry Bartlett, NASWUT, Vereinigtes Königreich, betonte im Rahmen seiner Unterstützung von Resolution 3, dass eine Abstimmung gegen Resolution 3 bedeuten würde, dass der Status quo für mindestens 3 Jahre beibehalten würde. Dies würde seines Erachtens verhindern, dass die Lehrgewerkschaftsbewegung in Europa die erforderliche Effektivität erreichen und ihre Stärke besonders in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise maximieren könne. Zwischen der BIE und dem EGBW bestünden organisatorische Reibungen und die Entscheidung gegen eine Änderung wäre eine verlorene Chance, über die Grenzen Europas hinaus internationale Solidarität und Unterstützung zu gewinnen und eine Einheit zwischen den Lehrgewerkschaften aufzubauen.

Eine Reihe von Delegierten bat daraufhin um das Wort. Folgende sprachen sich zugunsten von Resolution 3 aus:

- Paul Bennet, UCU, Vereinigtes Königreich
- François Chaintron, FNEC.FP-FO, Frankreich
- Sören Holm, Lärarförbundet, Schweden
- Agnès Breda, UNSA, Frankreich
- Avril Halle Callaghan, UTU, Vereinigtes Königreich
- Helen Connor, EIS, Vereinigtes Königreich
- Walter Dresscher, AOb, Niederlande
- José Campos, FECCOO, Spanien
- John Carr, INTO, Vereinigtes Königreich
- Mary Bousted, ATL, Vereinigtes Königreich
- Haldis Holst, UEN, Norwegen
- Alistair Hunter, UCU, Vereinigtes Königreich
- Sue Rogers, NASUWT, Vereinigtes Königreich
- Christine Blower, NUT, Vereinigtes Königreich

Folgende Delegierte sprachen sich gegen Resolution 3 aus:

- Jean Luc Villeneuve, SGEN-CFDT, Frankreich
- Branimir Strukelj, ESTUS, Slowenien
- Anders Christiansen, DLF, Dänemark
- Roger Ferrari, SNES-FSU, Frankreich

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

- Aline Lacullee, FERC-CGT, Frankreich
- Slawomir Broniarz, ZNP, Polen
- Ryszard Mosakowski, KSN Solidarnosc, Polen
- Allan Baumann, BUPL, Dänemark

Weitere Beiträge wurden auch eingebracht von:

- Ulrich Thöne, GEW, Deutschland, der Resolution 3 unterstützte und den Präsidenten ersuchte, die Entscheidungen über die einzelnen Abschnitte der Satzung Punkt für Punkt zu treffen.
- Stig Andersen, DLF, Dänemark, der an die Delegierten appellierte, einen Kompromiss für die neue Satzung zu finden. Dabei betonte er, dass die Art, auf die die neue Satzung vorgelegt wurden, nämlich als Paket, allerdings keine Kompromisse ermögliche.

Jörgen Lindholm, Lärarförbundet, Schweden, erklärte in seiner Antwort auf die Kommentare, dass die Präambel der neuen Satzung die Autonomie des neuen EGBW-Generalsekretärs behandle. Er führte weiter aus, dass das neue EGBW ein regionale Organisation und gleichzeitig auch ein EU-Branchenverband sein soll. Er erklärte auch das in der Satzung festgelegte Verfahren für die Ernennung des neuen Regionaldirektors. Die Auswahl würde vom Ausschuss/Vorstand getroffen, der nur eine/n Kandidaten/in zur Ernennung durch den BI-Generalsekretär aufstelle.

Der Präsident Ronnie Smith bat um eine Abstimmung mit Namensaufruf (Nr. 2) über Resolution 3. Nach der Auszählung der Stimmen der namentlichen Abstimmung Nr. 2 durch die StimmenausrählerInnen informierte der Präsident die Konferenz/Generalversammlung darüber, dass die derzeitige Satzung zuerst einmal interpretiert werden müsse, um bestimmen zu können, ob Resolution 3 umgesetzt wird. Diese laute (Bestimmung 5 der Satzung):

Die Konferenz ist berechtigt, diese Statuten mit einer Zweidrittelmehrheit zu ändern.

Der Präsident erklärte, dass die derzeitige Satzung nicht festlege, wie eine Zweidrittelmehrheit gebildet wird - aus zwei Dritteln aller abgegebenen Stimmen dafür und dagegen oder ob auch Enthaltungen mitgerechnet werden. Er erklärte, dass es in verschiedenen Ländern und in verschiedenen Mitgliedsorganisationen verschiedene Traditionen und Praktiken gebe und sich auch in der Satzung und Geschäftsordnung der Bildungsinternationalen diesbezüglich kein klarer Hinweis finde, da diese sich nur auf 'abgegebene Stimmen' (Satzungsbestimmung 30) beziehen würden. Er erklärte, dass die entsprechende Auslegung das Ergebnis der namentlichen Abstimmung Nr. 2 über Resolution 3 bestimmen würde. Er bat die Konferenz/Generalversammlung dann darum, ihres Amtes zu walten und zu bestimmen, wie diese unklare Bestimmung der Satzung angewandt werden soll. Der Präsident stellte der Konferenz/Generalversammlung zwei Alternativen zur Wahl:

1. Die betreffende Bestimmung der Satzung so auszulegen, dass sie sich nur auf Stimmen dafür und dagegen bezieht;

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

2. Die betreffende Bestimmung der Satzung so auszulegen, dass sie sich auf sämtliche Stimmen bezieht - dafür, dagegen und Enthaltungen.

Eine Reihe von Delegierten ergriff in dieser Angelegenheit das Wort.

Von diesen plädierten folgende für die erste Alternative (eine Auslegung, die sich nur auf Stimmen dafür und dagegen bezieht)

- Christine Blower, NUT, Vereinigtes Königreich - die dabei auch um eine Abstimmung mit Namensaufruf über die zwei Alternativen bat.

Folgende Delegierte sprachen sich zugunsten der zweiten Alternative aus (eine Auslegung, die sich auf sämtliche Stimmen bezieht - dafür, dagegen und Enthaltungen)

- John BENCINI, MUT, Malta
- Gheorghe ISVORANU, FSI "Spiru Haret", Rumänien
- Gábor KERPEN, PDSZ, Ungarn
- Razvan BOBULESCU, Alma Mater, Rumänien
- Jerry BARTLETT, NASUWT, Vereinigtes Königreich
- Allan BAUMANN, BUPL, Dänemark
- Hans Ole FROSTHOLM, DLF, Dänemark

Weitere Beiträge wurden auch von den folgenden Delegierten eingebracht, die sich dafür aussprachen, dass die Regeln vor der namentlichen Abstimmung Nr. 2 über Resolution 3 hätten geklärt werden müssen und nicht danach, und dass es vor der Abstimmung so schien, als ob sämtliche Arten von Stimmen (dafür, dagegen und Enthaltungen) gezählt würden:

- Jean Marie MAILLARD, SNES-FSU, Frankreich
- Piroska GALLÓ, SEH, Ungarn
- Roger FERRARI, SNES-FSU, Frankreich
- Ana GASPAR, FENPROF, Portugal
- Udu BERKMANN, VBE, Deutschland
- Aline LACULEE, FERC-CGT, Frankreich - die auch vorschlug, dass die Versammlung nicht während ihres Beitrags über diese Angelegenheit abstimmt
- Albert RITZENTHALER, SGEN-CFDT
- Branimir STRUKELJ, ESTUS, Slowenien

Weitere Beiträge wurden auch von den folgenden Delegierten eingebracht:

- John CARR, INTO, Irland - der um eine Auslegung durch den Präsidenten und eine neue Abstimmung über Resolution 3 im Anschluss an die Verkündung der Auslegung durch den Präsidenten bat.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

- Samuel RORHRACH, SER, Schweiz - der sich über den Mangel an sachlichen Inhalten der Diskussion über die Satzung beklagte.
- Agnes BREDA, UNSA Education, Frankreich - die um eine Abstimmung über die zwei Alternativen, wie vom Präsidenten vorgeschlagen, bat.
- Daire KEOGH, IFUT, Irland - der um eine neue Abstimmung über Resolution 3 bat.

Der Präsident verkündete daraufhin eine Abstimmung über die folgende Vorgehensweise: Die Konferenz/Generalversammlung solle zuerst bestimmen, wie die betreffende Satzungsbestimmung anzuwenden sei (d.h. ob eine Zweidrittelmehrheit sich nur auf Stimmen dafür oder dagegen oder auch auf Enthaltungen beziehen soll) und daraufhin solle dann erneut über Resolution 3 abgestimmt werden.

In einer Abstimmung durch Zeigen der Karten wurde der Vorschlag des Präsidenten von einer Mehrheit abgelehnt.

Der Präsident fuhr dann mit einer Abstimmung über die Bedeutung von Bestimmung 5(l) der Satzung fort, die besagt, dass 'die Konferenz dazu ermächtigt ist, diese Statuten mit einer Zweidrittelmehrheit zu ändern'. In einer Abstimmung durch Zeigen der Karten über die Auslegung der Zweidrittelmehrheit und ob diese bei der Berechnung der Zweidrittelmehrheit alle abgegebenen Stimmen, einschließlich der Enthaltungen, umfasst, stimmte eine klare Mehrheit der Delegierten dafür, alle Stimmen zu zählen (dafür, dagegen und Enthaltungen).

Die Ergebnisse der Abstimmung mit Namensaufruf über Resolution 3 waren wie folgt:

Dafür: 2002

Dagegen: 884

Enthaltungen: 201

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 3087

Prozent der Stimmen dafür: 64,85%

Obwohl Resolution 3 von einer einfachen Mehrheit angenommen wurde, erreichte sie die notwendige Zweidrittelmehrheit (66,6%) für die Annahme der vorgeschlagenen neuen Satzung nicht. Folglich fiel Resolution 4 weg. Resolutionen 5 und 6 wurden zurückgezogen.

15. Gemeinsamer 3-Jahres-Tätigkeitsbericht von BIE/EGBW

Charlie Lennon, stellvertretender BI-Generalsekretär, erklärte, dass der gemeinsame EGBW/BIE-Bericht vor Stattfinden der Konferenz an Mitgliedsorganisationen zur Erörterung geschickt worden war und umfangreich die harte Arbeit der BIE widerspiegeln, die daran zu sehen sei, was die BIE in den letzten 3 Jahren erreicht hat. **Martin Rømer, EGBW, Generalsekretär**, stellte fest, dass der Bericht die enorme Anzahl an Themen zeige, mit denen sich der EGBW in den letzten 3 Jahren



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

auseinandergesetzt hat. Er dankte den einzelstaatlichen Gewerkschaften für ihre Unterstützung des EGBW durch Bereitstellung ihrer Sachkenntnisse, wenn diese vom Sekretariat benötigt wurden. Der EGBW beschäftige sich mit dem neuen EU-Bildungskonzept, was eine geschlossenerere Antwort seitens der Lehrgewerkschaften erfordere. Der EGBW sei heute zunehmend in verschiedenen EU-Organen und Arbeitsgruppen vertreten und werde regelmäßig und zunehmend konsultiert. Herr Rømer drückte seine Hoffnung aus, dass dieser Einfluss in einem höheren Tempo zunehmen würde, da im Jahr 2010 der Sektorale Sozialdialogausschuss eingeführt werden solle. Er nutzte die Gelegenheit auch dazu, allen Gewerkschaften für ihre Beteiligung und Unterstützung in dem Prozess der Einrichtung des Sozialdialogausschusses und des EGBW-Sekretariats zu danken. Zum Schluss sagte er, dass die Zusammenarbeit mit und zwischen den Gewerkschaften in den nächsten 3 Jahren ein hohes Niveau an Integration und Koordination erfordere, da eine engere Zusammenarbeit von absolut entscheidender Bedeutung sei.

16. Bericht über Mitgliedschaft und Beitragszahlungen

Charlie Lennon, stellvertretender BI-Generalsekretär, legte den Mitgliedschaftsbericht vor, in dem einerseits die Organisationen, die in den letzten drei Jahren die BI/EGBW-Mitgliedschaft erlangt haben, und andererseits die Organisationen, die in den letzten drei Jahren ihre Mitgliedschaft gekündigt haben oder von BI/EGBW ausgeschlossen wurden, aufgelistet werden. Er fügte hinzu, dass die Liste von bezahlten Beiträgen die gleiche sei wie die, die vom Mandatsprüfungsausschuss verwendet wurde, um die Anzahl von Stimmen, die jeder Organisation bei den Wahlen zusteht, zu berechnen.

17. Finanzberichte 2007-2009

a. BIE

Charlie Lennon, stellvertretender BI-Generalsekretär, legte den paneuropäischen BI-Finanzbericht vor. Er erklärte, dass die Zahlen nicht vor Ende 2009 endgültig angegeben werden könnten, aber ein Defizit von etwa 20.000 Euro zu erwarten sei und im Budget für 2010 berücksichtigt werden würde.

b. EGBW

Walter Dresscher, EGBW-Finanzdirektor, erläuterte die von externen Rechnungsprüfern erstellten EGBW-Jahresabschlüsse von 2007 bis 2009. Er berichtete von einer Zunahme der Beiträge in den Jahren 2006 und 2007, aber auch von einem abnehmenden Mitgliederbestand und einigen Einsparungen bei den Personalkosten der Organisation durch eine interne Umstrukturierung des Sekretariats. Für Ende 2009 werde ein Defizit von 17.000 Euro erwartet.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

c. Berichte der internen EGBW-RechnungsprüferInnen

Sue Roger, interne EGBW-Rechnungsprüferin, NASUWT, Vereinigtes Königreich, legte die Finanzberichte von 2007 und 2008 vor. Für beide Jahre wurde der allgemeine Zustand der EGBW-Abschlüsse für gut befunden. Sie wies auch darauf hin, dass die Arbeit der RechnungsprüferInnen 2008 durch die Einstellung von Roger Jonckeer als EGBW-Buchhalter deutlich erleichtert worden war. Sie wies außerdem darauf hin, dass die Einrichtung der EGBW-CSEE-Stiftung - eine formelle Anforderung der EU, um Zugang zu Mitteln zu erhalten - inzwischen abgeschlossen sei und mit großer Klarheit und Effizienz arbeite. Sie betonte auch, dass die Beitragszahlungen der BI an den EGBW für deren Funktionieren entscheidend seien.

d. Ernennung interner EGBW-RechnungsprüferInnen

Sue Roger, NASUWT, Vereinigtes Königreich, und Frank Kuypers, OCNV, Niederlande, sind als interne RechnungsprüferInnen zurückgetreten und erhielten Danksagungen für ihre harte Arbeit in den letzten 6 Jahren. Brian Cookson, NASUWT, Vereinigtes Königreich, und Rudy Wagen Renterghem, COC, Belgien, wurden als neue interne EGBW-Rechnungsprüfer ernannt.

e. Annahme von Finanzberichten

Die Konferenz/Generalversammlung nahm anschließend die Finanzberichte der BIE und des EGBW an.

18. BIE-EGBW-Tätigkeitsprogramme 2010-2012

Martin Rømer, EGBW-Generalsekretär, legte das vorgeschlagene BIE-EGBW-Tätigkeitsprogramm für den Zeitraum 2010-2012 dar. Er erklärte, dass das Erstellen des gemeinsamen BIE-EGBW-Programms eine schwierige Aufgabe sei, da die Diskussionen über die Satzung immer noch anhielten. Die zwei verschiedenen Spalten in dem Programm stellten auf der linken Seite die allgemeinen europäischen Angelegenheiten und auf der rechten Seite die spezielleren EU-Angelegenheiten, die auf EU-Ebene behandelt werden müssen, dar. Herr Rømer betonte jedoch, dass diese Unterteilung nicht bedeute, dass EU-spezifische Angelegenheiten in Ländern außerhalb der EU nicht von Interesse sind. Er erwähnte auch den hellblauen Abschnitt in der Tabelle, der die gemeinsamen Tätigkeiten darstellt, die gemeinsam behandelt werden sollen. Herr Rømer wies auch auf die Absicht des gemeinsamen Programms hin, ganz Europa abzudecken und die Tätigkeiten der BIE und des EGBW so gut wie möglich zu koordinieren. Er betonte, dass die Diskussionen über die Strukturen nicht in Frage stellten, ob eine Zusammenarbeit vernünftig ist oder nicht, und dass jetzt eine große Verantwortung bestehe, administrative, finanzielle und politische Zuständigkeiten zu kombinieren, um dadurch zu zeigen, dass jeder in Europa respektiert werde.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Herr Rømer sagte abschließend, dass wir auf dem Weg zu einer „Bildungspolitik“ in Europa seien und dass Lehrgewerkschaften sich umfassend dazu äußern müssten, welche Art von Bildung, welche Werte und welche Qualität der Bildung sie für das 21. Jahrhundert wollen.

Die Delegierten hatten folgende Anmerkungen zu dem gemeinsamen Aktionsprogramm:

- Aufruf an die europäische Lehrerbewegung, die jüngsten Studentendemonstrationen in Europa, besonders in Deutschland und Österreich, gegen die Änderungen, die derzeit im Rahmen des Bologna-Prozesses durchgeführt werden, zu unterstützen, sowie die Forderung eines Bologna-Prozesses, der eine bessere Verwaltung und Qualität von Hochschulbildung in Europa sowohl für Studenten als auch für Lehrkräfte sichert (Deutschland)
- Aufruf, eine globale Perspektive in das Aktionsprogramm zu integrieren (Norwegen)
- Aufruf, die Lissabon-Strategie und deren Auswirkungen auf die Bildung, insbesondere die Heranbildung von unternehmerischer Kompetenz, zu analysieren (Frankreich)
- Werte, die in allen Phasen der Bildung gefördert werden müssen, müssen ebenso überdacht werden wie die Organisation des Bildungswesens in Europa, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden muss (Vereinigtes Königreich)
- Aufruf zu einer besseren Einbeziehung von Berufsausbildung und Fortbildung in die Arbeit des EGBW und der BIE (Frankreich)
- Förderung akademischer Freiheit durch die Tätigkeiten des EGBW und der BIE, was sich auch in dem Arbeitsprogramm widerspiegeln muss (Vereinigtes Königreich)
- Aufruf, Pädagogen des frühkindlichen Bildungswesens genauso zu verteidigen wie alle anderen Pädagogen und Lehrkräfte (Frankreich)
- Frage zur Rolle des europäischen Sozialdialogausschusses und der einzelstaatlichen Regierungen (Irland)
- Bemerkung über die einzelstaatliche Umsetzung von Bologna, was in Spanien erfolgreich funktioniert, und die verschiedenen Optionen, die einzelstaatliche Regierungen bei der Modernisierung von Hochschulbildung in Europa übernehmen (Spanien)

Martin Rømer bestätigte als Antwort auf die Kommentare der Delegierten, dass es auf einzelstaatlicher Ebene verschiedene Auslegungen gebe, was der Bologna-Prozess sei und was er nicht sei. Einzelstaatliche Entscheidungen über die Reform der Hochschulbildung würden häufig auf der Grundlage von Bologna diskutiert, hätten aber mit dem Prozess selber nichts zu tun. Die Gewerkschaftsbewegung sollte diese Angelegenheit aufmerksam verfolgen, so Herr Rømer. Er bestätigte auch, dass der EGBW und die BIE in den letzten 1-2 Jahren einen größeren Schwerpunkt auf Berufsausbildung und Fortbildung gelegt hätten und plädierte dafür, diesen Trend fortzusetzen. Er bestätigte auch, dass in alle Tätigkeiten in Europa ein globaler Ansatz einbezogen werden müsse, da die Lehrgewerkschaftsbewegung auch eine globale Auffassung davon habe, wie Bildung organisiert sein sollte und welche Werte sie fördern sollte. Herr Rømer betonte, dass frühkindliche Bildung weiterhin hohe Priorität bei der Arbeit in Europa haben werde, und erklärte, dass bereits



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

eine Mitteilung über die Notwendigkeit einer Beurteilung von Qualifikationen von Pädagogen frühkindlicher Bildung bei der Kommission eingereicht worden war. Mit Bezug auf den europäischen Sozialdialogprozess beendete Herr Rømer seinen Beitrag mit dem Hinweis, dass in einigen Ländern, wie z.B. in Irland, immer noch Probleme mit einzelstaatlichen Regierungen existierten, man sich jedoch weiterhin um eine Lösung dieser Probleme bemühe.

Das gemeinsame Aktionsprogramm wurde von der Konferenz/Generalversammlung angenommen.

19. Wahl der stellvertretenden PräsidentInnen der paneuropäischen BI/EGBW

Lillemor Darinder präsentierte die Ergebnisse der Wahl der sechs stellvertretenden paneuropäischen BI-/EGBW-PräsidentInnen durch die Konferenz/Generalversammlung:

Wahlberechtigte Organisationen: 104

Stimmkartenabgabe: 99

Nicht eingesammelte Stimmkarten: 5

Ungültige Stimmkarten: 0

Gültige Stimmkarten: 99

Die Anzahl der Stimmen war wie folgend:

Paul Bennett, UCU, Vereinigtes Königreich: 2947

Odile Cordelier, SNES, Frankreich: 2784

Kounka Damianova, SEB, Bulgarien: 1950

Jörgen Lindholm, Lärarförbundet, Schweden: 3020

Manana Ghurchumalidze, ESTFUG, Georgien: 2098

Galina Merkoulouva, ESEUR, Russland: 2916

Ulrich Thöne, GEW, Deutschland: 2603

Der Wahlausschuss verkündete daraufhin die Wahl der folgenden stellvertretenden Präsidenten der paneuropäischen BI/EGBW:

Paul Bennet

Odile Cordelier

Jörgen Lindholm

Manana Ghurchumalidze (BIE)

Galina Merkoulouva (BIE)

Ulrich Thöne

20. Internationaler Tag der Beseitigung der Gewalt gegen Frauen

Eine außergewöhnliche Sitzung (Ausnahme im Programm) wurde am 25. November 2009 anlässlich des internationalen Tages der Beseitigung der Gewalt gegen Frauen abgehalten. **Haldis HOLST, UEN,**



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Norwegen, und stellvertretende BI-Vorsitzende für Europa, hielt im Namen des BI-Ausschusses für den Status von Frauen einen Vortrag über das anhaltende und weit verbreitete Problem von Gewalt gegen Frauen sowie auch über Strategien, diese in ihren Gewerkschaften und darüber hinaus zu bekämpfen. Sie zeigte alarmierende Statistiken, die das Ausmaß und die Verbreitung der Gewalt gegen Frauen in allen Ländern und über alle sozialen und ökonomischen Hintergründe hinweg zeigten. Zum Beispiel berichtete sie, dass eine von drei Frauen im Laufe ihres Lebens wahrscheinlich geschlagen, vergewaltigt oder anderweitig missbraucht werden würde. Eine von fünf Frauen werde Opfer einer Vergewaltigung oder versuchten Vergewaltigung. Geschätzte 5.000 Frauen pro Jahr würden von Familienmitgliedern im Namen der Ehre ermordet. Sie erklärte, dass die BI und ihre Mitgliedsorganisationen im Namen der Solidarität mit Frauen in den Schulen und in unserer Gesellschaft eine wichtige Aufgabe hätten, wobei Frauen auch die Mehrheit der BI-Mitglieder und Gewerkschaftsmitglieder selber darstellten. Sie rief die anderen Gewerkschafter dazu auf, ihre Mitglieder zu informieren, Kampagnen durchzuführen, sich einzelstaatlichen Bündnissen anzuschließen, an Demonstrationen teilzunehmen und Informations- und Aufklärungsmaterialien zu produzieren.

Slavomir BRONIARZ, ZNP, Polen und **Begoña SUAREZ, STES, Spanien,** hielten auch Vorträge über die speziellen Initiativen, die von ihren entsprechenden Gewerkschaften ergriffen wurden, um sich für das Thema Geschlechtergleichheit einzusetzen.

Der Präsident dankte den drei Rednerinnen für ihre Vorträge und sagte, er sei zuversichtlich, dass deren ausgedrückte Gefühle von der Generalversammlung geteilt und unterstützt würden.

21. Haushaltsprogramm(e) 2010-2012

Es gab keine Kommentare seitens der Konferenz/Generalversammlung hinsichtlich der vorgeschlagenen BI-Europa/EGBW-Haushaltsprogramme für 2010-2012, die zusammen mit den vorgeschlagenen Tätigkeitsprogrammen 2010-2012 unter Punkt 15 der Tagesordnung behandelt wurden.

Der Präsident erklärte Tagesordnungspunkt 16 für erledigt.

22. Zusätzliche Mitgliedsbeiträge 2010-2012

- i. BI Europa (Organisationen in Nicht-EU-/EFTA-Ländern) und**
- ii. EGBW (Organisationen in EU-/EFTA-Ländern)**

Die Konferenz/Generalversammlung machte keinen alternativen Vorschlag zur Änderung der Höhe der zusätzlichen Beiträge, wie sie in dem Schriftstück, das zusammen mit den Dokumenten der Konferenz/Generalversammlung ausgegeben worden war, beschrieben sind.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

23. Bericht über die Vorbereitungen für den 6. BI-Weltkongress, 2011

Charlie Lennon, stellvertretender BI-Generalsekretär, erklärte, dass der nächste BI-Weltkongress im Juli 2011 im Cape Town International Convention Centre stattfinden würde und dass Anfang Dezember 2009 eine BI-Vorstandssitzung stattfinden würde, um das Thema für den Kongress abschließend festzulegen. Er sagte, dass in der derzeitigen Phase ein vorläufiger Zeitplan ausgegeben worden sei und die erste Anfrage an die Mitgliedsorganisationen eine Aufforderung sein werde, KandidatInnen für die Preisverleihung im Januar 2010 zu nominieren. Er erklärte, dass bis zur BI-Vorstandssitzung im Dezember 2009 die erste Version der Kongresswebsite, die zunächst lediglich Informationen enthalte, hochgeladen und in Betrieb sein würde. Die Kongresswebsite würde dann zwischen August und September 2010 interaktiv werden und somit auch zur Anmeldung zur Verfügung stehen. Im Juni/Juli 2010 würden dann auch Einladungen zur Beantragung von Unterstützung an die Mitglieder verschickt werden. Er wies weiter darauf hin, dass die Website für das erwähnte Kongresszentrum www.cticc.co.za sei und dass Mitte 2010 die Blockbuchungen für bestimmte Hotels, die vom Kongresszentrum aus gut zu Fuß erreichbar sind, vorgenommen werden würden.

24. Weitere Resolutionen

a. Resolution 7 bezüglich der Einsetzung einer Task Force für frühkindliche Bildung

Resolution 7 wurde von BUPL, Dänemark, vorgeschlagen und von UEN, Norwegen, unterstützt. Sie forderte die Einsetzung einer Task Force für frühkindliche Bildung mit dem Ziel, das EGBW in EU-Angelegenheiten im Zusammenhang mit frühkindlicher Bildung zu beraten. Im Rahmen der starken Fokussierung auf lebenslanges Lernen in den letzten Jahren haben wir im Rahmen der Perspektive von lebenslangem Lernen ein wachsendes Interesse an frühkindlicher Bildung erlebt. Frühkindliche Bildung ist eine Angelegenheit, die sowohl aus einer sozialen (Kinderbetreuungsstätten und Vereinbarung von beruflichem und privatem Leben) als auch der Bildungsperspektive zu behandeln ist. Die Vielfalt von Einrichtungen für frühkindliche Bildung, die in den verschiedenen europäischen Ländern angeboten wird, führt zu einer großen Vielfalt an Arbeitsbedingungen und Regelungen für für frühkindliche Bildungspädagogen. Sowohl aus beruflicher Perspektive als auch aus Gewerkschaftsperspektive ist eine Reaktion auf diese Situation erforderlich. Es besteht deshalb die Notwendigkeit, weitere Schritte zu unternehmen und eine europäische Task Force für frühkindliche Bildung einzurichten, die zum Teil von den Gewerkschaften finanziert wird, die zur Teilnahme bereit sind.

In einer Abstimmung durch Zeigen der Karten wurde die Resolution von der Konferenz/Generalversammlung verabschiedet.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

b. Resolution 8 bezüglich Bildung für Integration als Instrument im Kampf gegen Armut

Resolution 8 wurde von FETE-UGT, Spanien, vorgelegt und von FECCOO, Spanien, unterstützt. In Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise leiden die wirtschaftlich am schlechtesten Gestellten am meisten. Im Zusammenhang mit sozialer Integration sei öffentliche Bildung ein Kerninstrument zur Überwindung dieser Schwierigkeiten und zur Bekämpfung von Armut. Um die ehrgeizigen Bildungsziele zu erreichen, sollten alle in diesem Sektor Beschäftigten gut qualifiziert sein und gut bezahlt werden. Es sei auch anzumerken, dass 2010 zum europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut erklärt worden war.

In einer Abstimmung durch Zeigen der Karten wurde die Resolution (siehe Anhang) von der Konferenz/Generalversammlung verabschiedet.

c. Resolution 9 bezüglich Berufsausbildung und Fortbildung

Resolution 9 wurde von UCU, Vereinigtes Königreich, vorgeschlagen und von GOD, Österreich, unterstützt. Berufsausbildung und Fortbildung würden in ganz Europa in einer großen Vielfalt von Systemen über ein breites Altersspektrum und auf allen Lernebenen organisiert. Es sei ein Sektor von großer Bedeutung für europäische Wirtschaften und Gesellschaften. Der Sektor verlange eine ständige Erneuerung, um den sich ständig ändernden ökonomischen und sozialen Herausforderungen zu entsprechen. Aus diesem Grund sei es dringend notwendig, dass sich die Lehrgewerkschaften dafür einsetzen, das Profil von Berufsausbildung und Fortbildung zu verbessern und es vor Privatisierung und dem Herauspicken der profitablen Kurse zu schützen. Lehrkräfte auf dem Gebiet Berufsausbildung und Fortbildung fordern sowohl eine Verbesserung ihrer beruflichen Stellung und Karrieremöglichkeiten als auch die Respektierung ihres Recht auf Erneuerung von beruflichen Qualifikationen. Die Bedeutung von beruflicher Erstausbildung mit hoher Qualität für lebenslanges Lernen wurde auch betont. Der Schwerpunkt, den die EU derzeit auf Berufsausbildung und Fortbildung lege, müsse sorgfältig beobachtet werden, da eine weit verbreitete Tendenz bestünde, Berufsausbildung und Fortbildung lediglich als Fortbildung für Berufe, die der Wirtschaft nützen, zu betrachten.

In einer Abstimmung durch Zeigen der Karten wurde die Resolution von der Konferenz/Generalversammlung verabschiedet.

d. Dringende Resolution bezüglich Gewerkschaftsrechten in der Türkei: Befreiung von 31 gefangen gehaltenen KollegInnen von KEST und Egitim Sen!

Vorgeschlagen von NASUWT, Vereinigtes Königreich, GEW Deutschland, SNES-FSU Frankreich und DLF, Dänemark, wurde diese dringende Resolution von **Jerry BARTLETT, NASUWT, Vereinigtes Königreich**, vorgebracht. Jerry Bartlett erklärte den Hintergrund der Resolution, insbesondere die Tatsache, dass die vier Gewerkschaften, die die Resolution vorgeschlagen hatten, die internationale BI-Gruppe zur Beobachtung des Prozesses gegen 31 strafrechtlich verfolgte ArbeitnehmerInnen von

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

KESK (die türkische Gewerkschaft) und Egitim Sen gebildet hatten, von denen 27 Lehrkräfte waren. Er ging auch eingehend auf die schweren Bedingungen, denen die KollegInnen seit ihrer Haft ausgesetzt waren, auf den Einfluss, den die BI auf den Verlauf des Prozesses ausüben konnte sowie auch die fortwährende Unterstützung, die diese KollegInnen, obwohl sie schon aus dem Gefängnis entlassen worden waren, benötigten, da sie im März 2010 wieder vor Gericht erscheinen mussten, ein. **Odile Cordelier, SNES-FSU, Frankreich**, unterstützte diese Resolution, wobei sie auch über einige persönliche Erfahrungen der türkischen KollegInnen, die im Gefängnis einsaßen, sprach. Kein Delegierter bat in dieser Angelegenheit um das Wort.

Die Resolution wurde einstimmig verabschiedet.

e. Sonstiges

Der Präsident informierte die Konferenz/Generalversammlung darüber, dass Anträge von zwei Mitgliedsorganisationen vorgebracht wurden, die hofften, dringende Resolutionen vorlegen zu können. Diese Anträge seien allerdings erst nach der Frist eingegangen. Der Präsident brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Konferenz/Generalversammlung die antragstellenden Mitgliedsorganisationen, d.h. LIZDA, Lettland und ESTFUG, Georgien, unterstütze:

- **Ilze Trapenciere, LIZDA, Lettland**, erklärte den Ernst der wirtschaftlichen Lage in Lettland und die schwerwiegenden Konsequenzen, die diese für öffentliche Bildung und Forschung mit sich gebracht habe. Sie bat um Unterstützung für LIZDAs Kampagnen gegen weitere Haushaltskürzungen im Bereich von Bildung und Forschung und LIZDAs Antrag, öffentliche Mittel für Bildung und Forschung zu sichern. Insbesondere bat sie um Unterstützung für LIZDAs Aktionstag, der für den 1. Dezember 2009 geplant ist.

Der Präsident drückte den Wunsch der Konferenz/Generalversammlung aus, Lettland zu unterstützen, und wünschte ihnen viel Erfolg.

- Der Präsident erklärte, dass **ESTFUG, Georgien**, Bedenken bezüglich der Entführung von vier georgischen Schulkindern geäußert habe, die in die Hauptstadt von Südossetien gebracht worden waren, wo nur dem internationalen Roten Kreuz Zugang zu den Kindern gewährt worden war.

Der Präsident drückte die Zustimmung der Konferenz/Generalversammlung, dass es niemals eine Rechtfertigung für eine solche Tat geben könne, sowie ihre Bitte, die Kinder freizulassen, aus.

25. Wahl von Mitgliedern des paneuropäischen BI-Ausschusses/EGBW-Vorstands

Lillemore Darinder, NLS, Finnland, verkündete die Ergebnisse der Wahl von Mitgliedern für die Besetzung der Ländersitze im paneuropäischen Regionalausschuss/EGBW-Vorstand.

Wahlberechtigte Organisationen: 104

Abgegebene Stimmen: 96

Nicht eingesammelte Umschläge: 8

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Ungültige Stimmen: 1

Gültige Stimmen: 99

Albanien	SPASH	KRUJA	Bajram	Kein Gegenkandidat
Armenien	CPCST	HARUTYUNYAN	Karlen	Kein Gegenkandidat
Österreich	GOD	SKALA	Helmut	Kein Gegenkandidat
Aserbaidschan	Vakant			
Weißrussland	SBPES	BOIKA	Aleksandr	Kein Gegenkandidat
Belgien	COC	VAN RENTERGHEM	Rudy	Kein Gegenkandidat
Bosnien-Herzegowina	Vakant			
Bulgarien	Vakant			
Kroatien	TUWPSEC	STRUGAR	Bozena	Mit 2457 Stimmen
Zypern	KTOEOS	SENER	Hassan	Mit 2232 Stimmen
Tschechische Republik	CMOS	DOBSIK	Frantisek	Kein Gegenkandidat
Dänemark	DLF	ANDERSEN	Stig	Kein Gegenkandidat
Estland	EEMU	PARKEL	Vaike	Kein Gegenkandidat
Finnland	OAJ	MELTO	Marjatta	Kein Gegenkandidat
Frankreich	UNSA Education	ESCURE	Laurent	Kein Gegenkandidat
Georgia	Vakant			
Deutschland	VBE	FRANKE-ZÖLLMER	Gitta	Mit 2264 Stimmen
Griechenland	DOE	MANTAS	Komninos	Kein Gegenkandidat
Ungarn	PDSZ	KERPEN	Gabor	Mit 1917 Stimmen
Island	Vakant			
Irland	INTO	CARR	John	Kein Gegenkandidat
Israel	ITU	WASSERMAN	Joseph	Kein Gegenkandidat

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Italien	CISL Scuola	DAL PINO	Maria Lucia	Kein Gegenkandidat
Lettland	LIZDA	TRAPENCIERE	Ilze	Kein Gegenkandidat
Litauen	LMPS	VOLOSKEVICIENE	Jurate	Kein Gegenkandidat
Luxemburg	Vakant			
Mazedonien	Vakant			
Malta	MUT	BENCINI	John	Kein Gegenkandidat
Moldawien	ESTU	IVANOV	Dumitru	Kein Gegenkandidat
Montenegro	Vakant			
Niederlande	AOb	DRESSCHER	Walter	Kein Gegenkandidat
Norwegen	UEN	LIED	Ragnhild	Kein Gegenkandidat
Polen	SKOiW NSZZ Solidarnosc	KONCZYK	Monika	Mit 1783 Stimmen
Portugal	FNE	BRAGANÇA	Maria Arminda	Kein Gegenkandidat
Rumänien	ALMA MATER	BOBULESCU	Razvan	Kein Gegenkandidat
Russland	Vakant			
Serbien	TUS	PAVLOVIC	Branislav	Kein Gegenkandidat
Slowakei	OZPSaV	GASPERAN	Ján	Kein Gegenkandidat
Slowenien	ESTUS	STRUKELJ	Branimir	Kein Gegenkandidat
Spanien	FETE-UGT	LOPEZ CORTIÑAS	Carlos	Kein Gegenkandidat
Schweden	LR	JANSSON	Bo	Kein Gegenkandidat
Schweiz	SER	ROGERE-PIGNOLET	Béatrice	Kein Gegenkandidat
Tadschikistan	Vakant			
Türkei	Vakant			
Ukraine	STESU	SACHKOV	Leonid	Kein Gegenkandidat
Vereinigtes Königreich	NASUWT	NORTHCOTT	Darren	Kein Gegenkandidat



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Vereinigtes Königreich	ATL	JOHNSON	Martin	Kein Gegenkandidat
Vereinigtes Königreich	NUT	BLOWER	Christine	Kein Gegenkandidat

Der Präsident gratulierte den erfolgreichen KandidatInnen zum Erfolg bzw. drückte den nicht Erfolgreichen gegenüber sein Bedauern aus und dankte dem Wahlausschuss für seine Arbeit. In Anbetracht des Ausscheidens von Lillemor DARINDER dankte er ihr besonders für ihre professionelle Arbeit und sagte, dass man sie sehr vermissen würde und wünschte ihr für ihren Ruhestand alles Gute. Lillemor DARINDER dankte dem Präsidenten und der Konferenz/Generalversammlung.

26. Abschluss der paneuropäischen BI-Konferenz/EGBW-Generalversammlung

Der Präsident dankte allen an der Organisation der Konferenz/Generalversammlung beteiligten MitarbeiterInnen, den DolmetscherInnen, dem Mandatsprüfungsausschuss, dem Wahlausschuss und den Mitgliedsorganisationen. Er würdigte die Arbeit der letzten drei Jahre der Mitglieder des paneuropäischen Ausschusses und des EGBW-Büros, die diese Arbeit nicht fortführen würden. Schließlich dankte er ZNP für ihre Unterstützung bei den Vorbereitungen für die Konferenz/Generalversammlung und für die wundervolle Gastfreundschaft, die ihnen am Vortag zuteil geworden war.